

Antrag

Initiator*innen: LAG Kinder, Jugend und Familie (dort beschlossen am: 07.10.2025)

Titel: Verwaltung für Betreuungsgebühren in Schleswig-Holstein ganzheitlich gestalten

Antragstext

1 Als Landesarbeitsgemeinschaft Kinder, Jugend und Familie von Bündnis 90/Die
2 Grünen SH möchten wir mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch auf Schulischen
3 Ganztage eine ganzheitliche Strukturierung der Verwaltung der
4 Kinderbetreuungssysteme anmahnen. Dies tun wir in der Hoffnung einer dringend nötigen
5 Förderung von Familien, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der
6 Chancengerechtigkeit, der Entbürokratisierung aber auch der prekären kommunalen
7 Finanzen und des Fachkräftemangels.

8 Wir beantragen, dass sich die Bundes- und Landtagsfraktion, die
9 Regierungsmitglieder in Schleswig-Holstein und Kommunalen Fraktionen unserer
10 Partei für folgende Aspekte einsetzen:

- 11 • die rechtskreisübergreifende Gestaltung der Verwaltung, Abrechnung und
12 Gebührenordnungen bei Kinderbetreuungsangeboten von der KiTa und
13 Tagespflege bis zum Ganztage in der weiterf. Schule.
- 14 • die Verhinderung von doppelter Bürokratie und doppelten Ansprechpartnern
15 für Familien in den Kommunen und Kreisen durch eine gemeinsame
16 Rahmenvereinbarungen zw. Bildungs- und Sozialministerium sowie Kreisen und
17 Kommunen
- 18 • Klärung und Verhandlung der fachlichen und organisatorischen
19 Zuständigkeiten beim Ganztage im Sinne der Verhinderung doppelter

Bürokratie und der Bürger*innenfreundlichkeit

- eine konsequente Weiterentwicklung der Digitalisierung, u.a. durch gemeinsame Instrumente der Sozialstaffelberechnung und eine Anbindung des Ganztags an die KiTa-Datenbank über gekoppelte Systeme/Module
- die nötigen Umstrukturierungen sind mit den Kommunalen Trägern und Spitzenverbänden zu erörtern und in Vereinbarungen, die notfalls eine Entlastung bei der Umstellung enthält, zu beschließen
- perspektivisch die übergreifende Geschwisterermäßigung zwischen KiTa und Ganztags einzuführen, um vor allem Mehrkindfamilien zu entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken

Begründung

Begründung

Rechtskreisübergreifende Arbeitsschritte bieten großes Potenzial für Chancengerechtigkeit und schaffen zugleich Perspektiven für Fachkräftemangel sowie nötige Einsparungs- und Entbürokratisierungsmöglichkeiten. Die Entwicklung des Ganztages in Schleswig-Holstein sollte nur im absoluten Ausnahmefall weitere Bürokratie neu schaffen. Eine Trennung zw. Kita und Ganztags in den Verwaltungsstrukturen der Flächenkreise benachteiligt ländliche Regionen und widerspricht zudem der Lebensrealität der Familien, die zumeist Kinder in beiden Systemen haben bzw. vom einen in das andere hineinwachsen. Anstatt für die Familien zwei Ansprechpartner und entsprechende Servicestellen aufzubauen, sollte die Gebührenbe- und abrechnung von Kita und Ganztags nachhaltig in einem gemeinsamen Verantwortungsbereich zusammengebunden werden. Da das Land äquivalent zu KiTa im Ganztags die Sozialstaffel und Geschwisterermäßigung beschlossen hat und auch einen Gebührendeckel eingeführt, ist nicht verständlich, warum die Umsetzung der Abrechnung nicht in einem System verbunden werden kann. Da die meisten Kreise in SH bereits eine übergreifende Geschwisterermäßigung ermöglichen, wie sie unter anderem in den Horten immer üblich war, ist es geboten, dass das Land sich ganzheitlich mit den Landeselternvertretungen und Spitzenverbänden über eine landesweit einheitliche übergreifende Geschwisterermäßigung austauscht. Das Fehlen dieser Regelung führt bei vielen Familien zu einer andauernd hohen Gebührenbelastung, die dem Ziel einer stärkeren Berufstätigkeit von Eltern entgegensteht, mit allen volkswirtschaftlichen Folgen. Aufgrund der gemeinsamen Verantwortung und der eigentlichen Anbindung des Ganztags in das SGB VIII ist es sinnvoll, Inklusion, Gebühren und Staffeln bei den Kreisen anzusiedeln, die hier große Kompetenzen und Erfahrungen durch die KiTas besitzen, während Personaleinsatz und inhaltliche Ausrichtung des Ganztags bei den Schulträgern in den richtigen Händen ist.

Die LAG KiJuFa beantragt, dass Familien leichter Ermäßigungen für mehrere Kinder oder wegen geringem

Einkommen erhalten, wenn sie einen Platz in der KiTa oder der Ganztagschule haben. Es sollen keine doppelten und getrennten Verwaltungsstrukturen für Kinder in Kita- und Grundschule entstehen, sondern ein System, das die Familien nur einmal erfasst und beides abdeckt. Das spart auch Geld in den Städten und baut Bürokratie ab.

Unterstützer*innen

Malte Harlapp (KV Stormarn), Birgit Graf (KV Herzogtum Lauenburg), Christian Wölm (KV Stormarn), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Monika Wegener (KV Rendsburg-Eckernförde), Bianca Nienaber (KV Neumünster)